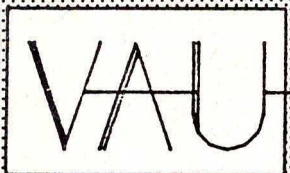


8. Jahrgang Nr. 20
Mai 1991



Verein für angewandten Umweltschutz e.V.

Berliner Straße 6 3250 Hameln 1 Tel. 05151/51529

5 Jahre Tschernobyl - Versuch einer Bilanz

"Der Preis ist uns zu hoch"

Unter diesem Thema stand die Konferenz vom 12. - 14. April 1991 in Ost-Berlin, an der wir als Vertreterinnen des VAU teilgenommen haben.

Eingeladen und organisiert hatte der Verein "Kinder von Tschernobyl" Ostberlin, der als erster in Deutschland in direkter Zusammenarbeit mit dem Belorussischen Komitee "Kinder von Tschernobyl" (Minsk) Initiativen zur Unterstützung und Hilfe für Kinder von Tschernobyl ergriffen haben.

Herr [REDACTED] Mitglied des Minsker Komitees, sprach auf der Konferenz über den derzeitigen Stand der Unterstützungsmaßnahmen und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

Innerhalb eines Jahres sind hieraus eine Reihe von Hilfsprogrammen mit vier Arbeitsschwerpunkten entwickelt worden:

1. Umsiedlungsprojekte

- Bau von Lehm-Wohnhäusern in unversehrten Gebieten ab Sommer 1991

2. Kindernahrung

- Transport von unbelasteter Kindernahrung mit LKW
- Bau einer Fabrik für Säuglingsnahrung in unversehrtem Gebiet ab Sommer 1991

3. Kinder-Erholung

- Ganzjährige Durchführung von Erholungsaufenthalten für Kinder aus Tschernobyl in Deutschland (bis jetzt sind bereits über 5000 Kinder zu solchen Aufenthalten in Deutschland gewesen)

4. Medizinische Hilfe

- Informationsaustausch,
- die Möglichkeit für medizinisches Personal, Behandlungsmethoden zu lernen



Schwerpunkt der Konferenz waren Vorträge kompetenter Wissenschaftler aus Belorussland und der Ukraine, die über die Probleme dieser beiden am stärksten betroffenen Republiken berichteten: u. a. der Epidemiologe Dr. [REDACTED] aus Kiew, der über medizinische und soziale Auswirkungen der Reaktorkatastrophe referierte, und Dr. [REDACTED] aus Kiew, der seine Untersuchungen über die Kontamination von Wasser, Boden und Nahrungsmitteln vorstellte.

Auch Prof. [REDACTED], Strahlenbiologe aus München, befaßte sich in seinem Vortrag mit seinen Untersuchungen über die radioaktiven Belastungen der Umgebung von Tschernobyl und zog Konsequenzen für weitere Maßnahmen, insbesondere in Hinsicht auf die materielle und personelle

Unterstützung medizinischer Einrichtungen in den betroffenen Gebieten.

[REDACTED] ein Vertreter aus dem Land der Sami aus Schweden, die zeitlebens von der Rentierzucht lebten, berichtete über die verheerenden Folgen des Fallouts für sein Volk durch die radioaktive Verseuchung der Tiere und Pflanzen.

Sehr erschütternd war das Gespräch mit vier "Liquidatoren" aus Kiew, Leningrad und Gorlovka.

Als Liquidatoren werden die Männer bezeichnet, die mit dem Einsatz ihres Körpers, bekleidet mit "normaler" Kleidung, ohne Dosimeter direkt an und unter (!) dem zerstörten Reaktor und auf dem umliegenden Gelände gearbeitet haben und arbeiten, um "Schlimmeres" zu verhindern. Die Zahl der Liquidatoren wird bis-

Fortsetzung auf S.2

Aus dem Inhalt

5 Jahre nach Tschernobyl -
ein Konferenzbericht

Nitrat im Trinkwasser, Teil 2

Morsleben - ein Reisebericht

VAU in neuen Räumen

Müllverbrennung - ein Holzweg

Spenden - aber wie?

VAU - Mitgliederversammlung

Fortsetzung von S.1

lang mit mindestens 600.000 bis 1.000.000 Männer angegeben - mehrheitlich ohne Kenntnis und Aufklärung über das, was sie in Tschernobyl wirklich erwartet. Sie alle tragen schwere Strahlenschäden davon - mit mehr oder weniger ungewissen Ausgang.

Wir können kaum Worte finden für die Gefühle, die uns bewegen angesichts des Leides und der umfassenden Schäden für Mensch und Natur, über die wir dort erfahren haben. Die Frage aus der Zuhörerschaft nach der radioaktiven Belastung von Kartoffeln in Deutschland erschien uns angesichts des Sterbens und Leidens der Menschen in den verseuchten Gebieten, der Mutationen von Tieren und Pflanzen, der endgültigen Vernichtung von Landschaften peinlich und lächerlich.

Die Welt hat sich verändert seit Tschernobyl. Und alle Hilfsmaßnahmen - die wir vom VAU für gut und richtig und notwendig halten - ändern nichts an dieser Tatsache, daß es auf unabsehbare Zeiten leidvolle und grauenhafte Folgen dieses Super-GAU geben wird.

Dieses trifft auch auf den sogenannten Golfkrieg zu, über dessen ökologische, politische und soziale Auswirkungen der Jordanier Dr. [REDACTED] sprach, der einen Vergleich zwischen diesem Krieg und der bis-

her größten Reaktorkatastrophe für gerechtfertigt hielt.

Tschernobyl steht auch dafür, daß schwere Unfälle, Verschweigen der Gefahren durch die Verantwortlichen und Schädigung von Menschen und Natur untrennbar zur Geschichte der "friedlichen Nutzung der Kernenergie" gehören. In diesem Zusammenhang trug der Journalist [REDACTED] aus London eindringlich seine Erfahrungen und Untersuchungen in der Umgebung der englischen Wiederaufarbeitungsanlage für radioaktive Abfälle Sellafield (früher Windscale) vor, die er im jahrelangen Kampf um die Wahrheit gegen Atomindustrie und Atompolitik gemacht hat.

Frau Dr. [REDACTED] Hämatologin und Kinderärztin aus Alma Ata, Kasachstan, berichtete über die katastrophalen Folgen der seit über 40 Jahren andauernden Atomwaffentests in dem Gebiet von Semipalatinsk. Auf dieses Thema wollen wir im nächsten VAU-Info in einem eigenen Artikel eingehen und zur Unterstützung der Atomwaffengegnerbewegung Nevada-Semipalatinsk aufrufen.

Als "Beitrag Deutschlands" zu Tschernobyl, Sellafield, Kasachstan usw. stellte der Ingenieur [REDACTED] aus Gera in seinen Untersuchungen den Uranerzbergbau in der SDAG Wismut im Erzgebirge vor, des-

sen Folgen im eigenen Land Verstrahlungen und Veränderungen ganzer Landschaften sowie entsprechende Erkrankungen der Arbeiter und der dort lebenden Menschen sind. Er plädierte abschließend dafür, zwei der über 100 m aufragenden "strahlenden" Halden nicht abzutragen, sondern - mit einem Asphaltüberzug versehen - stehen zu lassen zur Erinnerung und als Mahnmal für die uns nachfolgenden Generationen, "damit nie vergessen wird, was hier geschehen ist"...

Damit möchten wir unseren Tagungsbericht enden lassen.

Hameln, den 22. April 1991

P.S.: Die Organisatoren der Ostberli. Konferenz werden uns die ausführlichen Unterlagen zu den angesprochenen Thema bald zusenden. InteressentInnen können gerne von uns Informationen dazu bekommen!

Der VAU sammelt ab sofort Spenden für das oben erwähnte Umsiedlungsprojekt. Bitte beachten Sie dazu das beiliegende "VAU-Info extra". Spenden bitte mit dem Vermerk "Tschernobyl" direkt an den VAU (siehe dazu auch den Hinweis "Spenden - aber wie?" in diesem Info).

Viel Staub aufgewirbelt:

Trinkwasser-Analysen des VAU

Unser wichtigstes Grundnahrungsmittel das Wasser, muß höchsten Anforderungen genügen. In der letzten Zeit ist jedoch eine zunehmende Verschmutzung des Grundwassers festzustellen. Die Auswirkungen von Überdüngung, Pflanzenschutz, saurem Regen und Industrieschadstoffen werden nun sichtbar. Darum hatte im Januar 1991 unsere Untersuchung der Trinkwasserqualität im Landkreis Hameln-Pyrmont hohe Wellen geschlagen. Bei Spitzenwerten des Nitratgehalts von 164,5 mg/l in Privatbrunnen und 60,9 mg/l in der kommunalen Wasserversorgung war das nicht besonders erstaunlich, zumal diese Werte nicht statistische Ausreißer waren, denn 42% der Proben aus dem öffentlichen Leitungsnetz lagen über dem EG-Richtwert von 25 mg/l und fast die Hälfte der Proben aus den Privatbrunnen lag sogar über dem deutschen Grenzwert von 50 mg/l.



Die erste öffentliche Reaktion auf die Trinkwasseruntersuchung des VAU war in einem Artikel der Deister- und Weserzeitung am 11.1.91 zu lesen. Darin warf die Leiterin des Gesundheitsamtes Hameln, Frau [REDACTED] dem VAU vor, "hochgradig unwissenschaftlich vorgegangen zu sein".

Nachdem wir allerdings einige Wochen später anlässlich eines Gespräches mit Vertretern des Gesundheitsamtes unsere Meßverfahren erläutert hatten, mußte Frau [REDACTED] diese Unterstellung zurücknehmen, diesmal natürlich nicht öffentlich, zumal auch Kontrolluntersuchungen durch die LUFA (Landwirtschaftliche Forschungs- und Untersuchungsanstalt) unsere Meßergebnisse durchweg bestätigten. Der Nitratgehalt wurde nach dem standardisierten Verfahren DIN-38405-D9-2 ermittelt. Unsere Messungen waren daher über jeden Zweifel erhaben.

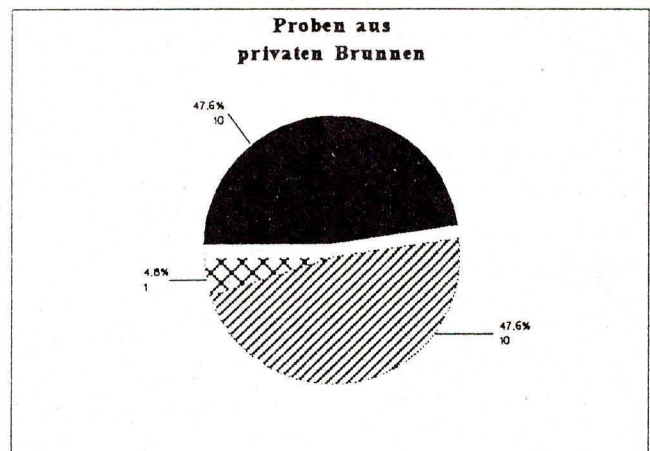
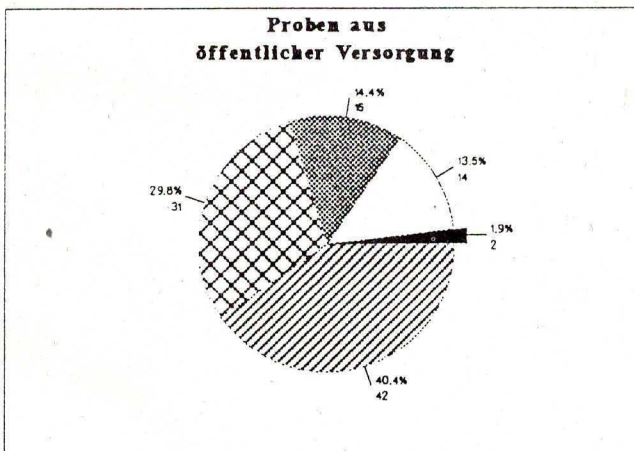
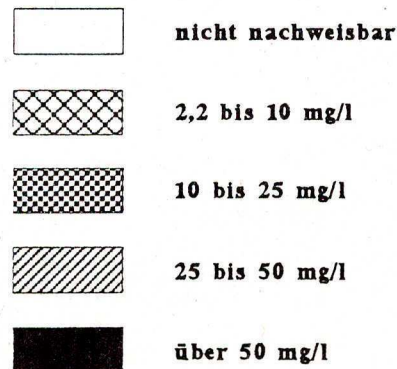
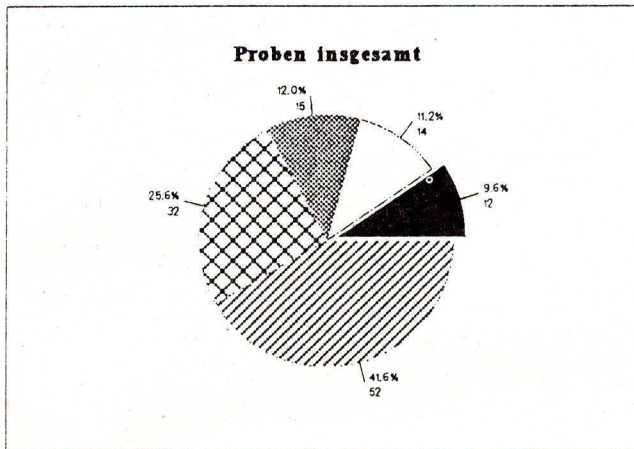
Die nächste öffentliche Reaktion auf unsere Untersuchungen war wenige Tage später vom Stadtdirektor von Hessisch-Oldendorf, Herrn [REDACTED] zu vernehmen: In Bezug auf die Nitratwerte in Kleinenwieden und Großenwieden (immerhin übertrafen die Werte den gesetzlich festgelegten Grenzwert von 50 mg/Liter deutlich) gäbe es keine Gefahr. Handlungsbedarf sei nicht gegeben. Aber mit dieser Äußerung hatte der Stadtdirektor die Rechnung ohne die Bürger in Großenwieden, Kleinenwieden und auch Hessisch-Oldendorf gemacht. Etliche BürgerInnen ließen in der Stadt-

Februar 1991 nach der Veröffentlichung der Nitratwerte die Telefone nicht still. Immer wieder wollten besorgte BürgerInnen wissen, was sie bei hohen Nitratwerten machen können. Obwohl der VAU in seinem Info vom Januar 1991 genaue Verhaltensregeln gegeben hat, weisen wir hier nochmals darauf hin:

- Wasser mit Nitratwerten über 10 mg/Liter sollte nicht für die Zubereitung von Säuglingsnahrung verwendet werden. Kaufen Sie Mineral- oder "Stilles" Wasser, beachten Sie bitte auch hier die

- Bei Nitratwerten über 50 mg/Liter: Hier wird der Grenzwert überschritten, die zentrale Wasserversorgung mit diesem Trinkwasser (welches kein Trinkwasser mehr ist!) muß sofort eingestellt werden; falls keine andere Möglichkeit vorhanden ist, muß die Trinkwasserversorgung mit Tankwagen aufrecht erhalten werden und - eine der wichtigsten Maßnahmen - dieses Trinkwasser muß umgehend saniert werden.

Weiterhin empfehlen wir, landwirtschaftliche Erzeugnisse vom nächstgelegenen Bio- oder "Umstellungs"-höfen zu kaufen. Eine



verwaltung Hessisch-Oldendorf die Telefondrähte heißlaufen und schalteten auch engagierte Lokalpolitiker ein. In Kleinenwieden und Großenwieden wurde daraufhin sofort die zentrale Trinkwasserversorgung gestoppt; zunächst fuhren Tankwagen einwandfreies Trinkwasser in die betroffenen Ortschaften, bis schließlich nach "Verschneiden" des hochbelasteten Trinkwassers mit besserem Wasser aus anderen Brunnen die zentrale Wasserversorgung für diese Ortschaften wieder aufgenommen werden konnte.

Auch beim VAU standen im Januar und

Schadstoffwerte (Mineralwassertest in der Zeitschrift "NATUR" 3/87).

- Bei Nitratwerten zwischen 25 und 50 mg sprechen Sie verantwortliche Politiker, Wasserwerke, Wasserbeschaffungsverbände oder auch das Gesundheitsamt an. Nach unserer Meinung kann die Gefahr einer Erkrankung durch den dauernden Genuß von Trinkwasser mit diesem Nitratgehalt nicht eindeutig ausgeschlossen werden. Fordern Sie auf alle Fälle, daß Sie möglichst schadstoffreies Trinkwasser erhalten. Sie haben ein Recht darauf!

Liste dieser Betriebe kann vom VAU angefordert werden.

Nach Auskunft des Gesundheitsamtes werden die Daten über Nitratwerte des Landkreises Hameln-Pyrmont seit einigen Jahren kontinuierlich gesammelt und neuerdings auch per EDV erfaßt. Wir fragen, warum diese nicht ausführlich veröffentlicht werden und das Problem der zunehmenden Wasserverschmutzung objektiv, ausführlich und öffentlich diskutiert wird. Solange dies nicht geschieht, wird der VAU seine Untersuchungen hier und in weiteren Landkreisen fortsetzen.

Der VAU hat anlässlich des Gespräches mit dem Gesundheitsamt gefordert, die Ursachen der Wasserverschmutzung anzugehen. Dazu gibt es eine Reihe von Maßnahmen: weniger Düngung durch die Landwirtschaft, Schutzzonen neu ausweisen, bestehende Schutzzonen erweitern, innerhalb der Schutzzonen - ähnlich dem "Ackerrandstreifenprogramm" der EG - eine extensive Bewirtschaftung vorzuschreiben. Das Gesundheitsamt befürwortete diese Maßnahmen und hat diesbezüglich Kontakte mit den Wasserbeschaffungsverbänden aufgenommen. Von dort werden Empfehlungen in dieser Richtung an die Landwirte weitergegeben.

In der Realität sieht Sanierung jedoch ganz anders aus: laut DWZ-Meldung vom 15.2.91 wird das Trinkwasser in Copenbrügge (44.5 mg/l) in dem mit Pomp und Prunk eingeweihten Hochbehälter in Bessingen mit niedrig belastetem Wasser des Remtebrunnen (1.1 mg/l) lediglich gemischt ("verschnitten"). Gleiches geschieht in Kleinen- und Großenwieden: hier wird das Trinkwasser (60.7 bzw. 60.9 mg/l) ebenfalls verschnitten, sodaß man derzeit auf einen Nitratgehalt von 31 mg/l kommt.

Daß Sanierung von Trinkwasser und Trinkwassergewinnungsgebieten, Ausweitung der Schutzzonen und vor allem das Abstellen der Hauptursache für Nitratbelastung im Trinkwasser - Schadstoffeintrag durch übermäßige Düngung - viel Geld kostet, ist uns klar. Wir alle müssen nun einmal tiefer in die Tasche greifen, wenn es gilt, eine lebenswerte Umwelt zu bekommen bzw. die Umweltvernichtung und -vergiftung zu stoppen. Aber die "Sanierung im alten, sprich: falschen Sinne, ist auch nicht billig: bestes Beispiele ist Copenbrügge: 680.000 DM sind dort für den Bau eines Hochbehälters und wei-

tere 600.000 DM für den Bau von Versorgungsleitungen verpulvert worden!

Nach Auskunft des Gesundheitsamtes ist nur ein Fall von Blausucherkrankung bei einem Säugling bekanntgeworden (siehe auch DWZ-Artikel vom 11.1.91). Allerdings liegen dem Gesundheitsamt keinerlei Untersuchungen über die Ursachen dieser Erkrankungen vor. Gleiches gilt für den sogenannten "plötzlichen Kindstod". Daß Erkrankungen von Säuglingen auf zu hohe Nitratwerte im Trinkwasser zurückzuführen sein können, belegt ein uns vorliegendes ärztliches Attest über die Erkrankung eines Säuglings aus Hessisch-Oldendorf (Nitratwert: 25.5 mg/l). Hierin wird bescheinigt, daß die Verdauungsstörungen dieses Kindes möglicherweise auf einen zu hohen Nitratgehalt im Trinkwasser zurückzuführen sind (DWZ vom 19.1.91).

Das Gesundheitsamt Hameln ist der Meinung, daß der gesetzlich festgelegte Grenzwert in der Bundesrepublik Deutschland von 50 mg/l - der im übrigen bis 30.9.1986 noch bei 90 mg/l lag, während der Nitratwert im EG-Bereich bei 25 mg/l liegt - für alle Personengruppen, also auch Säuglinge "akzeptabel" ist. Auch der Leiter des Gesundheitsamtes Göttingen, Dr. [REDACTED] vertritt diese Meinung. Diese Aussagen der Gesundheitsämter fußen angeblich auf dem "neuesten" Stand von Wissenschaft und Forschung. Nachfolgende Tabelle zeigt demnach die unterschiedlichen Stände von Wissenschaft und Forschung:

Fortsetzung auf S.7



Zuviel Gülle belastet das Trinkwasser mit Nitrat

Endlager Morsleben

Atomgemeinde hofft weiter

Morsleben - ein Name, den im Westen bis vor kurzem kaum jemand kannte. Morsleben - ein Ort, den wohl niemand ohne triftigen Grund besucht. Uns, die wir uns am 9. März auf die Reise dorthin begeben, bis Helmstedt mit der Bahn, dann gemeinsam mit ein paar tausend Menschen zu Fuß weiter auf der B1, ergreift schon beim Anblick von Schacht Konrad ein Gefühl von Hoffnungslosigkeit und Beklemmung.

Als wir dann nach ein paar Kilometern den schönen stillen Wald verlassen, den noch vor wenigen Monaten die deutsch-deutsche Grenze durchzog, und endlich in die Gemeinde Morsleben einziehen, scheint es für einige Augenblicke so, als hätten wir das Ende Deutschlands, vielleicht sogar der Welt erreicht, an dem uns einige blasse, ärmlich gekleidete Menschen stumm in Empfang nehmen. Was sie von der Sache

halten, läßt sich nicht erraten; sie sind wohl geübt darin, ihre Gedanken zu verbergen. Wenige hundert Schritte nach dem Ortseingangsschild stehen wir schon vor dem Tor des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben. Es ist nicht nur - ganz, wie es sich gehört in Deutschland - mit Mauern und Stahl und Stacheldraht gesichert, heute wird es auch ganz besonders bewacht: Junge Männer mit unglücklichen

Kindergesichtern - was sie aufrechterhält, sind wohl die Uniformen mit den hastig ausgetauschten Hoheitszeichen, deutsche Schäferhunde, Wasserwerfer, Mannschaftswagen.

Die Schachtanlage des ehemaligen Stein-salzbergwerks Bartensleben, wie der Salzstock Gorleben und Schacht Konrad Zeuge einer vergangenen produktiven Epoche, ist bereits in den siebziger Jahren zu neuem, todbringendem Leben erweckt worden. Mit einem gigantischen Hohlraumvolumen von 5.000.000 m³, dem Dreifachen der Kapazität von Schacht Konrad, birgt sie in ihren unzähligen Gängen und Stollen neben einer unübersehbaren Menge von hochgiftigen Altchemikalien schwach und mittelfallradioaktive Abfälle aus östlichen und vielleicht auch schon westlichen Atomanlagen. Die Lagerung und Verpackung ist abenteuerlich. Die Abfälle sind nicht mehr zugänglich und rückholbar. Die Festigkeit und Undurchlässigkeit des alten Salzstocks ist überhaupt nicht gewährleistet. Dem Grund- und Trinkwasser, der Luft - allem Leben ringsum droht die radioaktive Ver-seuchung.

Das einzige genehmigte atomare Endlager in Europa - für die deutsche Atomge-meinde das Objekt aller ihrer Begierden, das - kaum war die deutsche Einheit in Sicht - ihre Zukunft in hellem Licht erstrahlen und auch Bundesumweltmini-ster Töpfer frohlocken ließ: Ein Entsorgungsnachweis - endlich war er da. Eilends und unbesehen wurde dem Endlager Morsleben mit dem Einigungsvertrag vom Oktober 1990 eine Betriebsgenehmigung von 10 Jahren erteilt.

Doch bald zogen dunkle Wolken auf. [REDACTED] als Rechtsanwältin aus Helmstedt und Mitglied im Vorstand des BBU (= Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz), gleichermaßen betroffen, entschlossen und sachkundig, BürgerInneninitiativen aus Ost und West sowie unabhängige WissenschaftlerInnen machten sich an die Arbeit. Sie informierten in kurzer Zeit die Öffentlichkeit über die katastrophalen Zustände im Endlager Morsleben und die davon ausgehenden Gefahren und bereiteten die Demonstration am 9. März vor. Und sie gingen vor Gericht. Gegen die Betriebsgenehmigung reichte [REDACTED] Klage beim Bezirksgericht Magdeburg ein, das am 20. Februar aufgrund rechtlicher Bedenken in einer einstweiligen Anordnung einen Einlagerungsstopp verfügte. Das Gericht ver-

Spenden - aber wie?

Aus gegebenem Anlaß fühlen wir veranlaßt, mal wieder ein paar Erläuterungen zum Thema "Spenden und Mitgliedsbeiträge" zu geben. Und hier sind sie schon:

Spender, die keinen Wert auf eine Spendenquittung für das Finanzamt legen, tun uns den größten Gefallen damit, daß sie das Geld direkt auf das VAU-Konto überweisen. Dann können wir nämlich sofort über das Geld verfügen.

Spenden gegen Spendenbescheinigung müssen auf das Konto der Stadt Hameln (Kto.Nr. 1636 bei der Stadtparkasse Hameln, BLZ 254 500 01) eingezahlt werden, versehen mit den Vermerken "Spende für den VAU e.V. Hameln" sowie "Bitte um Spendenquittung". Dieses etwas umständliche Verfahren ist notwendig, weil das Finanzamt uns bislang nicht gestattet, selbsttätig solche Quittungen auszustellen. Die Stadtverwaltung überweist uns vierteljährlich die bis dahin aufgelaufenen Spenden und versendet die entsprechenden Bescheinigungen an die freundlichen Spender. Dazu braucht sie natürlich eine vollständige Anschrift auf dem Überweisungsformular!

Wer uns mit Sachspenden unterstützen will und das bei seiner Steuererklärung geltend machen möchte, sollte uns vorher kontaktieren. Wir können uns dann gemeinsam um eine Lösung kümmern.

Mitgliedsbeiträge sind grundsätzlich nicht steuerabzugsfähig (leider!); das gilt nur bei politischen Parteien u.ä. Es macht also überhaupt keinen Sinn, diese über das Konto der Stadt Hameln an uns zu überweisen. Im Gegenteil: die Stadt Hameln hat uns kürzlich besonders darauf hingewiesen, daß sie für Mitgliedsbeiträge keine Spendenbescheinigung ausstellt.

Also, alles klar? Wir möchten es bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, allen, auch den zukünftigen, Spendern herzlich zu danken und Sie gleichzeitig zu bitten, uns auch weiterhin zu unterstützen. Danke.



trat die Auffassung, daß Menschen, die von einer Industrieanlage betroffen sind, für die ein Planfeststellungsverfahren zwingend vorgeschrieben ist, gegen diese Anlage klagen dürfen, wenn sie vor Erteilung der Betriebsgenehmigung - wie im deutsch-deutschen Grenzgebiet üblich - keine Gelegenheit hatten, ihre Einwände und Bedenken vorzutragen. Der Öffent-

lichkeitsbeteiligung bei Großprojekten komme nämlich, so die Magdeburger Richter, die vorrangige Aufgabe zu, das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit wirksam zu schützen.

Deutlich wurde dabei, daß die Bundesregierung ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen und die Rechte von Menschen und

Fortsetzung auf S.7

MVA - Erweiterung

Müll vermeiden statt verbrennen!

Die Müllverbrennungsanlage in Hameln-Afferde soll um einen dritten Kessel erweitert werden. Dieses Vorhaben hat von Neuem die Diskussion um die Müllpolitik des Landkreises angefangen. Der VAU hat sich bislang nicht um dieses zentrale Hamelner Umweltthema kümmern können, wie üblich aus Mangel an aktiven Mitgliedern. Umso mehr freut es uns, daß sich vor einigen Monaten eine Bürgerinitiative gegründet hat, die sich dieses Themas intensiv annimmt, die "Bürgerinitiative gegen die Erweiterung der Müllverbrennungsanlage Hameln-Afferde".

Nachstehend ein Interview mit einem ihrer Sprecher, Dipl. Ing. Wolfgang Reimers.

Frage: Wie ist der derzeitige Sachstand in Bezug auf die Errichtung des 3. Kessels?

W.Reimers: Im Jahre 1987 wurde vom Kreistag Hameln-Pyrmont, lediglich gegen die Stimmen der GRÜNEN, beschlossen, einen dritten Kessel bei der Müllverbrennungsanlage Hameln (MVA) zu errichten. Gleichzeitig sollte eine verbesserte Rauchgasreinigungsanlage eingebaut werden, um die Anforderungen der 1986 inkraftgetretenen "Technischen Anleitung Luft" (TA Luft) zu erfüllen.

Die Pläne wurden jedoch zunächst auf Eis gelegt, um die "17. Verordnung zum Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG)" abzuwarten, die eine weitere Verschärfung der zulässigen Schadstoffkonzentrationen im Abgas bringen sollte.

Diese Verordnung ist im November 1990 inkraft getreten. Die Planunterlagen wurden daraufhin im Februar 1991 bei der Bezirksregierung Hannover zur Genehmigung eingereicht.

Frage: Wieso ist - aus Sicht der MVA-Betreiber - der 3.Kessel notwendig?

W.Reimers: Die beiden alten Kessel der Müllverbrennung Hameln GmbH (MVH) sind aufgrund ihres Alters (14 bzw. 8 Jahre) zunehmend störanfällig geworden. Außerdem sind die Müllmengen im Landkreis in den letzten Jahren stark gestiegen: mittlerweile fallen 95.000 t Haus-, Gewerbe- und Sperrmüll pro Jahr an. Damit ist die Anlage mit ihrer Jahreskapazität von 110.000 t nahezu ausgelastet. Der dritte Kessel soll nach Ansicht der MVH sicherstellen, daß auch bei Ausfall von Kessel 1 oder 2 ausreichende Kapazitäten vorhanden sind, um den anfallenden Müll zu verbrennen. Von Seiten der MVH wird behauptet, daß eine Erhöhung der Verbrennungskapazität nicht geplant ist.

Aus Sicht der Bürgerinitiative erhöht sich die Verbrennungskapazität der Anlage durch den dritten Kessel auf rund 175.000 t pro Jahr. Wir befürchten, daß diese Kapazität durch Müllimporte aus anderen Landkreisen auch ausgenutzt wird. Der Müllnotstand im Landkreis Holzminden z.B. steht in 2 - 3 Jahren bevor; dann sind alle Deponien dort verfüllt. Und niemand, auch nicht die MVA-Betreiber, kann

Müllverbrennungsanlage kommen, nicht bekannt sind. Die Auswirkungen dieser Stoffe auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit können überhaupt nicht abgeschätzt werden. Auch bei einer verbesserten Rauchgasreinigungsanlage entweichen immer noch Tausende von unterschiedlichen Schadstoffen, die sich im Boden anreichern und in die menschliche Nahrungskette gelangen.

Zum TÜV-Gutachten ist zu sagen, daß die Messungen überhaupt noch nicht abgeschlossen sind; die Aussagen zu den Auswirkungen auf die Umgebung stehen deshalb auf sehr wackeligen Füßen. Es liegen allerdings schon einige für uns erschreckende Ergebnisse vor: so ist der mittlere



375 Kilo Müll bringt jeder Bundesbürger jährlich auf die Waage.

garantieren, daß dann nicht per Weisung aus Hannover Holzmindener Müll in Hameln verbrannt wird.

Frage: Inwieweit würde die Umweltbelastung durch eine Erweiterung der MVA zunehmen? Nach jüngsten Verlautbarungen des TÜV scheint der MVA-Betrieb ja keine negativen Auswirkungen auf die Umgebung zu haben.

W.Reimers: Wir wissen, daß rund 80 % der Stoffe, die aus dem Schornstein einer

Quecksilbergehalt in den untersuchten Böden etwa dreimal so hoch wie in vergleichbaren unbelasteten Böden. Ähnliches gilt für Cadmium.

Frage: Welche Gegenvorschläge macht die BI angesichts des wachsenden Müllberges?

W.Reimers: Wir sehen in der jetzt anstehenden Entscheidung über die Erweiterung der MVA die Chance, im Landkreis

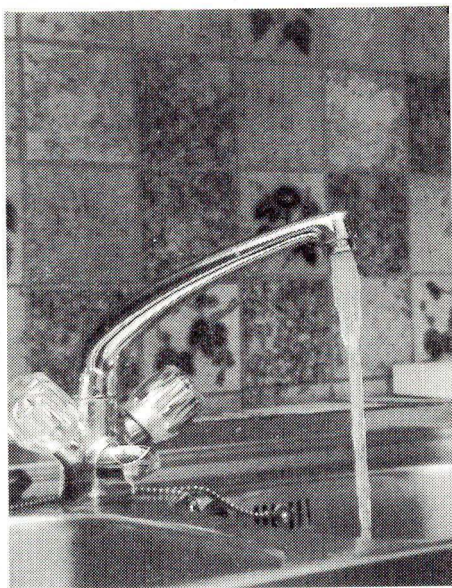
Fortsetzung auf S.8

Fortsetzung von S.4

	Grenzwert	Richtwert
BRD	50 mg/l	--
EG	50 mg/l	25 mg/l
WHO*	--	44 mg/l
USA	44 mg/l	--
Schweiz	20 mg/l	--

*WHO = Weltgesundheitsorganisation

Fazit: Die Untersuchung des VAU über die Trinkwasserqualität bezüglich des Nitratgehaltes im Landkreis Hameln-Pyrmont hat offenbar eine weitere wunde Stelle in unserer Umwelt bloßgelegt. Gesundheitsbetreuer durch Politiker und Behörden helfen da nicht weiter. Schnelles und umfassendes Handeln in einem unserer wichtigsten Lebensbereiche, nämlich dem Erhalt und der Verbesserung unserer Umwelt und der Sicherstellung einer einwandfreien Trinkwasserqualität ist gefordert. Viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises sind nach unseren Erfahrungen bereit, dafür auf die Barrikaden zu gehen. Sie haben sich auch nicht vom verharmlosenden Geschwätz einiger Politiker und Behörden zurückschrecken lassen. Der VAU bedankt sich auf diesem Wege nicht nur für die Anerkennung seiner



Arbeit auf diesem Gebiet, die er in den vergangenen Wochen erfahren hat, sondern auch für die Spendenbereitschaft vieler Menschen. Mit diesen Mitteln und Ihrer weiteren Unterstützung werden wir die Untersuchungen im Landkreis Hameln-Pyrmont und auch benachbarter Landkreise fortführen können. Mehr darüber demnächst in diesem Info.

Fortsetzung von S.5

Umwelt vorgegangen ist, um sich und ihren Freunden diese besonders fette Ost-Beute zu sichern:

Mit Einführung der Währungsunion zum 1. Juli 1990 wurde das Endlager privatisiert und verlor damit seine Betriebsgenehmigung. Nach dem bundesdeutschen Atomgesetz dürfen aber Endlager nur staatlich betrieben werden. Daher wurde das Endlager Morsleben unmittelbar vor der Wiedervereinigung vorsorglich dem Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der damaligen DDR unterstellt, um es dann an das Bundesamt für Strahlenschutz überführen zu können. Die Übertragung des Endlagers an das DDR-Amt war allerdings von einem West-Notar auf DDR-Gebiet beurkundet worden und somit ungültig! Nun gab es nur noch eine Möglichkeit: Mit den Stimmen der Regierungskoalition und der SPD wurde in den Einigungsvertrag eine "Lex Morsleben" eingebaut (§ 57a), und die Betriebsgenehmigung bis zum Jahr 2000 schien gesichert.

Nach dem Beschluß des Bezirksgerichts Magdeburg sieht die atomare Entsorgungszukunft nicht mehr ganz so rosig aus. Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Unbd ein Endlager muß her, wenn man mit neuen Atomreaktoren in den neuen Bundesländern ein Come-back feiern will.



So ist es auch eine recht verhaltene Demonstration am 9. März in Morsleben, nüchtern, vereinzelte starke Töne verhallen. Aber es sind sehr aufmerksame Menschen, die da am Samstagabend die Heimreise nach Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern antreten. Wie gut, daß es viele tausend aufmerksame Menschen gibt.

Ebensowenig wie den Morsleben-Traum gibt die Atomgemeinde ihren rabiaten

VAU in neuen Räumen

Was wir - nach langer Suche - schon nicht mehr zu hoffen wagten, ist nun doch wahr geworden: Der VAU hat ein neues Domizil! In Kürze - der Termin steht noch nicht endgültig fest - beziehen wir ein kleines aber feines Büro in der Koppenstraße 41. Es hat zwar nur 36 Quadratmeter, aber für unsere Zwecke reicht es. In erster Linie wollen wir das VAU-Büro als Arbeits- und Sitzungsraum nutzen. Die Wassergruppe wird sich ihr Labor dort einrichten und unser mittlerweile doch recht umfangreiches Archiv findet dort ebenso Platz. Inwieweit wir das Büro auch als öffentliche Anlaufstelle nutzen wollen (mit regelmäßigen Öffnungszeiten), wird zur Zeit noch diskutiert.

Zur Zeit fehlen uns für die Einrichtung noch einige Stühle, 2 Schreibtische sowie 2 Bürostühle; was wir sonst noch brauchen, können wir erst genau absehen, wenn wir uns dort wohnlich eingerichtet haben. Ach ja, und natürlich Büromaterial aller Art wie Schreibtischlampen, Locher, Hefter, Papierkorb, Schreibunterlagen uswuf. Also, wer so etwas erübrigen kann, möge sich bitte bei uns (unter unserer bekannten, "alten" Anschrift) melden. Tausend Dank im voraus.

Kampf um das geplante Endlager Schacht Konrad auf:

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10. April die rot-grüne niedersächsische Landesregierung dazu verurteilt, der Weisung des Bundesumweltministers zu folgen und die Pläne zum Atommüllendlager Schacht Konrad öffentlich auszulegen, ohne zuvor die seit 1990 gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen! "Der Bauherr," so schreibt die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V., die Bürgerinitiative vor Ort, "darf offensichtlich selbst bestimmen, wie sein Bauantrag genehmigt wird!"

Ob der Schacht Konrad nun das erste legale Atommüllendlager Deutschlands wird, hängt nun ganz wesentlich von all den Menschen ab, die spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl Nein zur Atomenergie sagen. So wollen auch wir vom VAU und hoffentlich viele Leute aus Hameln und Umgebung mit uns in der Zeit der Planauslegung (Mitte Mai - Mitte Juli) durch eine Vielzahl von Einwendungen deutlich machen, daß wir eine sichere Entsorgung von Atom Müll weder im Schacht Konrad noch anderswo für möglich halten und die Stilllegung aller Atomanlagen fordern.

Fortsetzung von S.7

ein modernes und umweltverträglicheres Abfallkonzept zu verwirklichen. Mit einem Teil der für die Baumaßnahmen vorgesehenen 85 Millionen DM könnte man stattdessen Maßnahmen zur Abfallvermeidung sowie zur stofflichen Verwertung ("Recycling") finanzieren. Dazu müßte ein umfassendes Konzept von Fachleuten erarbeitet werden. Erfahrungen aus anderen Regionen zeigen, daß dadurch die Müllmenge um bis zu 70 % reduziert werden kann.

Frage: Wie geht es jetzt weiter? Wie kann man die BI unterstützen?

W.Reimers: Der Erörterungstermin im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens, der ursprünglich am 29. und 30. April durchgeführt werden sollte, ist zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben worden.. Dort werden dann die 440 Einwendungen aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont diskutiert. Unabhängig davon versuchen wir weiterhin, alle politischen Fraktionen im Kreistag mit der Problematik zu konfrontieren um dadurch einen Sinneswandel herbeizuführen. Dabei zeichnen sich schon erste Erfolge ab.

Zum zweiten Teil der Frage: Wir freuen uns über jeden, der in der BI mitarbeiten möchte. Es gibt verschiedene Arbeitsgruppen:

Alternativen zur Müllverbrennung,
Schadstoffe aus der Müllverbrennung,
politische Möglichkeiten,
Verfahrensfragen beim Planfeststellungsverfahren sowie
Koordination und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir brauchen natürlich auch Geld für Informationsmaterial, Zeitungsanzeigen usw. und sind für jede Spende dankbar.

Kontaktadresse:
Wolfgang Reimers

Spendenkonto der BI :
Kto.Nr. [REDACTED] bei der Stadtparkasse
Hameln (BLZ 254 500 01) ●



Einladung

**zur Mitgliederversammlung gemäß § 15 (2) unserer Satzung für
Dienstag, 21. Mai 1991 um 20 Uhr in der Sumpflume**

laden wir hiermit ein.

Der Vorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

- 1. Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung**
- 2. Geschäftsbericht des Vorstandes**
- 3. Bericht der Kassenprüfer**
- 4. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und der Kassenprüfer**
- 5. Beschlußfassung über den Ausschluß von säumigen Mitgliedern gem. § 14 e der Satzung**
- 6. Verschiedenes**

Hinweis: Gemäß § 15 (2) der Satzung kann jedes Mitglied bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen.

Für den Vorstand

gez. U.Bomnüter
1. Vorsitzender

gez. D.Vogt
2. Vorsitzender

gez. M. Thürnau
Schatzmeister

Hameln, den 22.04.1991